



Der 1. Tag

Keine Angst, das wird keine Serie. Natürlich gönnen wir es **Franziska Giffey**, dass sie sich gestern über ihre Wahl zur Regierenden Bürgermeisterin gefreut hat. Dass sich gleich fünf aus der Koalition krankgemeldet und nicht an der Wahl teilnahmen, ist ebenso eine Randnotiz wie die drei fehlenden Ja-Stimmen der verbliebenen 87 Abgeordneten. Fußnoten sind auch, dass **Michael Müller** bei seiner ersten Wahl zum Regierenden Bürgermeister 2014 87 Stimmen der 86 Abgeordneten der Koalition aus SPD und CDU erhielt. Und dass die Berliner SPD mit Giffey 2021 knapp unter dem Ergebnis von Müller 2016 lag, ist auch geschenkt.

Für Tagesspiegel-Chefredakteur **Lorenz Maroldt**, in dessen Newsletter Giffey bislang nicht als „Regiermeisterin“ bezeichnet wurde, verlief der „Machtwechsel im Roten Rathaus ... erwartbar kühl.“ „Michael Müller hatte seinen Schreibtisch bis auf eine Vase mit roten Tulpen abgeräumt und wünschte seiner Nachfolgerin trocken „viel Glück“. Im Tagesspiegel heißt es heute dazu: „Die Sympathien füreinander sind im kaum messbaren Bereich.“

Maroldt ist auch aufgefallen, dass sich der SPD-Landesverband „von seinen langjährigen Spitzenleuten per Twitter auf die ganz besonders herzliche Art“ verabschiedete: „Wir danken Michael Müller, Matthias Kollatz, Dilek Kalayci und Sandra Scheeres für ihre Arbeit im Senat in der vergangenen Wahlperiode.“ Das lese sich so, schreibt Maroldt, wie „Tschüss, aber jetzt raus.“ „Nicht mal für ein Emoji hat es gereicht.“

Maroldt erinnert die SPD daran: „**Michael Müller** war 25 Jahre im Abgeordnetenhaus, insgesamt 12 Jahre Parteivorsitzender, mehr als 10 Jahre Fraktionsvorsitzender, 3 Jahre Stadtentwicklungssenator und 7 Jahre Regierender Bürgermeister. **Matthias Kollatz** war 7 Jahre Senator. **Dilek Kalayci** war 10 Jahre Senatorin, davon 2 Jahre auch als Bürgermeisterin. **Sandra Scheeres** war ebenfalls 10 Jahre Senatorin. Aber was soll's, da wird ein ‚Wir danken für ihre Arbeit‘ schon mal reichen.“ Wir erinnern an das Leitmotiv Salehs: „*decenti et moralis*“

Der erste Tag für die neue Regierende Bürgermeisterin war anstrengend. Nicht nur die eigene Wahl und Vereidigung, der Einzug ins Rote Rathaus flankiert von Schornsteinfegern, die Ernennung der Senatoren, die Amtsübergabe im Bürgermeisterbüro, die konstituierende Senatssitzung und dann auch

noch eine Ministerpräsidentenkonferenz. Und zu allem Überfluss auch noch zahlreiche Medienanfragen für Interviews. Da kann man nachempfinden, dass die Performance nicht mehr so gut am späten Abend in einem *rbb-spezial* mit **Volker Wieprecht** und im *heute-journal* mit **Marietta Slomka** war.

Die Bewertung der neuen SPD-Senatsmitglieder fällt, bis auf das Unverständnis über die Berufung von **Iris Spranger** zur Innensenatorin, weitestgehend positiv aus. Landesdelegierte und die Basis der Partei, die an den Personalentscheidungen nicht beteiligt waren, stören sich aber vor allem an der Besetzung der Staatssekretärsposten. „*Mich haben die Staatssekretär*innen echt aus den Socken gehauen.*“, schreibt uns eine sozialdemokratische Funktionärin. „*Nur 7 von 17 sind Frauen. Bei Jugend-Schule fällt es besonders auf, weil es bei Jugend einen Schwerpunkt in der SPD gibt. Bei Schule fänden sich sicherlich auch Frauen. Bei Wirtschaft ist es ähnlich.*“

Überrascht zeigt sich die Funktionärin, „*dass außer Gaebler und Akmann niemand Erfahrung in der Berliner Verwaltung hat. Zwei waren im Bundesministerium. Es gibt keine Entwicklung aus den Bezirksämtern in die Staatssekretärs-Ebene und nur eine Weiterentwicklung aus der Fraktion (fachfremd) auf die StS-Ebene. Alle genannten Personen sind aus dem Saleh-Lager. Wenige sehen aus wie Giffey's Wünsche. Manche haben in dem Spektrum, das sie nun betreuen, noch wenig oder kaum Erfahrung.*“

Mal sehen, wie lange das gut geht und Saleh und Giffey ihre Partei deckeln können.

Und was sagen die anderen? Es meldet sich der **CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Kai Wegner** zu Wort: „*Die Sorgen der Berliner können nicht länger warten. Sie müssen jetzt endlich angepackt werden. Es hat leider viel zu lang gedauert, bis der neue Senat heute im Amt ist. Wir gratulieren Frau Giffey zu ihrer Wahl, auch wenn das weitere Misstrauen und der vorprogrammierte Streit in der Koalition nichts Gutes erahnen lassen.*“

Berlin steht vor enormen Herausforderungen. Wir brauchen ein Jahrzehnt der Modernisierung, vor allem mehr bezahlbare Wohnungen, bessere Schulen und wieder eine funktionierende Verwaltung. Dafür werden wir konstruktive Vorschläge machen und setzen auf die Kraft des besseren Arguments.

Die unklare Haltung von SPD, Grünen und Linken zum Volksentscheid Enteignen schwebt wie ein Damoklesschwert über der Mieterstadt Berlin. Die Argumente sind ausgetauscht, die gesamtpolitischen Folgen von Enteignungen wären desaströs für Berlin.



Eine Expertenkommission, mit der sich die Koalition aus der Verantwortung ziehen will, ergibt keinen Sinn. Dieses Thema hängt dem Senat schon jetzt wie ein Klotz am Bein und muss unverzüglich abgeräumt werden.

Durch die Enteignungsdrohung wird die Wohnungswirtschaft nur weiter verunsichert, das seit langem von uns geforderte Bündnis für bezahlbares Wohnen und Neubau kann so nicht funktionieren. Wenn Frau Giffey es ernst meint, das Mietenproblem und damit die wichtigste soziale Frage in unserer Stadt zu lösen, dann sollte sie besser auf diese Kommission verzichten.

Berlin muss lebenswert und bezahlbar bleiben. Wir müssen die Chancen richtig nutzen. Das ist unsere Erwartung an Frau Giffey und ihren Senat."

*Aus der **FDP** ist folgendes zu vernehmen: „Der im Wahlkampf versprochene Neustart wurde für einen überaus wackeligen Koalitionsfrieden abgeblasen und mit einer Expertenkommission soll das Thema Enteignungen begraben werden. Wenn die Linken ihren Wählerinnen und Wählern erklären müssen, warum sie vor dem Wahlkampf für einen Volksentscheid geworben haben, den sie nun in einer gemeinsamen Koalition mit Franziska Giffey begraben, wird es sehr ungemütlich werden. Damit ist klar, dass die rot-grün-rote Koalition mit einer Sollbruchstelle geliefert wird, deren Tragfähigkeit bald schon getestet wird.*

Wir befinden uns also weiterhin auf dem Weg in ein beschauliches Bullerbü und damit auch ein klares „Weiter so!“ ohne genug neuen Wohnraum, dafür aber mit vernachlässigter Bildung und nicht funktionierenden Ämtern, obwohl eigentlich das Gegenteil versprochen wurde. Der von Franziska Giffey angekündigte Neustart verpufft in Prüfvorhaben, wo es konkrete Einigungen bräuchte. Die Hauptstadt braucht eine Regierung, die einen klaren Plan für die funktionierende Stadt Berlin hat, die dafür sorgt, dass jede Berlinerin und jeder Berliner aus eigener Kraft etwas erreichen kann und die klar für eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin-Brandenburg einsteht. Was wir jetzt machen können? Wir werden, wie bereits in den letzten fünf Jahren, mit großem Ehrgeiz Anträge stellen, mit denen wir fordern Missstände zu beheben. Wir werden die Berliner Regierung aus der Koalition dazu antreiben, Berlin zu einer funktionierenden Stadt zu machen."

Wie bekannt, haben vor allem viele junge Menschen Grüne und die FDP gewählt. Deshalb zum Schluss noch eine Stellungnahme von **David Jahn**, dem Landesvorsitzenden der **Jungen Liberalen Berlin**: „Wir

gratulieren Franziska Giffey zur Wahl als Regierende Bürgermeisterin und wünschen ihr eine glückliche Hand.

Bedauerlicherweise sind unsere Erwartungen an die neue alte Koalition vor dem Hintergrund der vergangenen fünf Jahre sehr niedrig. Giffey hatte die Erwartungen im Wahlkampf selbst hochgeschraubt, als sie von Aufbruch sprach und eine ‚Koalition der Mitte‘ in Aussicht stellte. Eine Fortführung der dysfunktionalen Koalition mit ideologieverbissenen Grünen und einer völlig irrlichternden Linkspartei ist ganz sicherlich keine Koalition der Mitte.

Im Koalitionsvertrag lässt sich auch kein Aufbruch erkennen, sondern nur ein ‚Weiter so‘ unter leicht veränderten Vorzeichen. Es wurden hohe Ziele beim Wohnungsneubau gesetzt, wie diese allerdings konkret erreicht werden sollen, bleibt unklar. Viele Prüf- und Evaluationsaufträge, wenig Details, wie eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gelingen soll, privater Wohnungsbau wird kaum miteinbezogen, stattdessen Aussicht auf Enteignungen und Fortsetzung des Vorkaufsrechts – weitere Enttäuschungen sind vorprogrammiert.

Die Kreativität in der Bildungspolitik beschränkt sich auf die Wiedereinführung der Lehrerverbeamtung. Eine durchdachte Strategie in den elementaren Fragen der Sanierung von Schulgebäuden und Digitalisierung der Bildung ist nicht erkennbar. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten stellt dieser Koalitionsvertrag keinen Aufbruch dar. Es drohen fünf weitere Jahre Chaos, die sich diese Stadt nicht erlauben kann. Die JuLis Berlin werden die Arbeit des Senats gewohnt kritisch verfolgen und die Regierende Bürgermeisterin an ihren Taten messen."

Auf der Seite der „**Grünen Jugend Berlin**“ haben wir keine Stellungnahme zum neuen Senat gefunden. Auch die **Berliner Jusos** haben sich auf ihrer Internetseite nicht geäußert. Und was die **Linke Jugend** betrifft, meldete rbb24: „**Berliner Linken-Jugendverband lehnt Kooperation mit Jusos und Grüner Jugend ab.**“ Dann kann es ja losgehen.

Ed Koch